

# KLAGENFURTER APPELL

## RESOLUTION ZUR ENERGIEPOLITIK

*Eingebracht von:*

**Christiane Brunner, Werner Kogler, Cyriak Schwaighofer, Rolf Holub und Johannes Rauch**

(Mitarbeit: Andreas Veigl, Oliver Korschil)

### **Österreich aus der Energiefalle befreien!**

Die jüngste "Gaskrise" hat einmal mehr gezeigt: Die EU und Österreich sitzen in der Energiefalle – und die Bundesregierung schaut tatenlos zu!

Österreich importiert mehr als 70 Prozent seines Energiebedarfs, mehr als 80 Prozent beim Erdgas und sogar mehr als 90 Prozent bei Öl.

- Knapp 2 Millionen Haushalte hängen an Öl und Gas und sind damit sowohl Preiskapriolen wie auch Lieferengpässen hilflos ausgeliefert. Die ÖsterreicherInnen fahren 3 Millionen Autos.
- Österreichs Stromversorgung erfolgt derzeit zu rund einem Sechstel aus Erdgas – zahlreiche neue Gaskraftwerksprojekte drohen diesen Anteil – und damit die Abhängigkeit – jedoch drastisch zu steigern.
- Seit acht Jahren importiert Österreich mehr Strom als es exportiert. Nach der offiziellen Statistik beträgt der Atomstromanteil in Österreich 5 Prozent, unter Einbeziehung des Stromhandels liegt er bei 20 Prozent.

Bei der weltweit steigenden Nachfrage und den stark rückläufigen Reserven ist absehbar, dass sich die Konflikte vor allem um Öl und Gas massiv verschärfen werden. Ausgetragen werden diese Konflikte auf dem Rücken der Verbraucherinnen und Verbraucher, die – ohne Alternative – davon abhängig sind.

Die Verantwortung dafür tragen die Bundesregierungen: Jahrzehntlang wurde auf den nur scheinbar sicheren und billigen Import scheinbar unerschöpflicher fossiler Ressourcen gesetzt. Selbst heute wird noch mit Milliardenbeträgen weiter in die Verstärkung der fatalen Energieabhängigkeit investiert, wie zahlreiche Gaskraftwerksprojekte oder auch Straßenbaupläne im Konjunkturpaket zeigen.

### **Energie als Grundlage des Lebens und Wirtschaftens**

Die Versorgungskrise zeigt die Verletzlichkeit unseres Energiesystems. Kalte Wohnungen und stillgelegte Produktionsbetriebe durch unkalkulierbare Energiepreise und Versorgungsengpässe stellen ein enorm hohes Risiko für uns alle dar.

Jährlich zahlt Österreich 10 Milliarden Euro für seine Energieimporte. Tendenz stark zunehmend – durch den steigenden Import und steigende Öl- und Gaspreise.

Geld, das der regionalen Wirtschaft in Österreich damit verloren geht. Die Reduktion von Energieimporten und die Investition in ein nachhaltiges, dezentrales Energiesystem schafft

regionale Wertschöpfung und zehntausende Jobs in der innovativen Energie- und Umwelttechnikbranche. Die Energiewende ist Wirtschaftsbelebung per se.

Die Krise auf den Finanzmärkten und die schwere Rezession der Realwirtschaft darf nicht dazu führen, dass nun Investitionen in die Energiewende und den Klimaschutz gegen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung ausgespielt werden! Im Gegenteil: ein neuer „green deal“ wird wesentlich dazu beitragen, dass Österreich, dass Europa aus der Krise findet.

Öffentliche Investitionen müssen gerade jetzt zum Ziel haben, den Strukturwandel einzuleiten, den Energieverbrauch zu reduzieren und ihn erneuerbar abzudecken um so die Energieversorgung abzusichern und langfristig leistbar machen.

### **Energie- und Klimakrise verschärft soziale Krise und fordert Todesopfer**

Die Bundesregierung ist durch ihre jahrelange Tatenlosigkeit mitverantwortlich, dass sich die katastrophalen Auswirkungen der Energie- und Klimaschutzkrise für die Bevölkerung verschärfen.

Beim Klimawandel stehen die Zeichen auf Sturm: Eine aktuelle Studie der EU-Kommission prognostiziert Dürre-Katastrophen, Zehntausende Hitze- und Kältetote sowie drastische Folgen für die Wirtschaft, wenn die Treibhausgasemissionen nicht drastisch reduziert werden. Österreich ist EU-Schlusslicht beim Klimaschutz. Beim Klimaschutzindex liegt Österreich weltweit nur auf Platz 50. Hinter China.

Die hohe Abhängigkeit von Erdölimporten haben auf Grund der Rekorderdölpreise im vergangenen Jahre sehr viele Menschen in eine soziale Notlage gebracht. Bereits 400.000 Haushalte in Österreich können sich keine ausreichend geheizte Wohnung mehr leisten, mehr als 80.000 Kinder müssen laut Angaben der Statistik Austria frieren, weil ihre Eltern unter der Armutsgrenze leben und das Geld fürs Heizen fehlt.

Auch die aktuelle Gasversorgungskrise hat für viele Menschen in Europa verheerende Auswirkungen. Aus Ungarn, Rumänien, Bulgarien, der Slowakei und Südosteuropa wird von Erfrierungstoten aufgrund des derzeit akuten Gasengpasses berichtet.

### **Atomkraft hat nichts mit Klimaschutz zu tun**

Krisen auf den Energiemärkten dürfen nicht dazu missbraucht werden, Atomkraft als Problemlöser oder Nothelfer zu positionieren: Atomkraft kann Gas kaum substituieren und ist keine zukunftsfähige Lösung: Tschernobyl ist nicht vergessen, der Müll aus Atomkraftwerken kann nicht sicher deponiert werden. Uran richtet bei seiner Gewinnung enorme Schäden an und ist eine auch endliche Ressource, von der die EU zu mehr als 90 Prozent von Russland abhängig ist.

Der Vorstoß der Slowakei wegen der unterbrochenen Gaslieferungen gefährliche technisch veraltete Atomreaktoren sowjetischer Bauart wieder ans Netz zu nehmen ist eine Provokation. Die slowakische Stromerzeugung auf Basis von Erdgas ist minimal, eine Notlage besteht offenbar nicht in der Stromversorgung. Die Kommission hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dies eine klare Verletzung der Beitrittsvereinbarung darstellen würde und rechtlich geahndet werden müsse. Die EU hat der Slowakei beträchtliche Summen zur Verfügung gestellt, um ihr Energiesystem auf die Abschaltung der Reaktoren vorzubereiten. Die tschechische Präsidentschaft hat die Vorstöße der Slowakei und Bulgariens gebilligt, den Gasstreit als Vorwand für die Wiederinbetriebnahme ihrer Schrottreaktoren zu missbrauchen.

### **Ohne Europa keine Energiezukunft**

Der anhaltende Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine belastet das Verhältnis der EU zu diesen beiden Staaten mehr und mehr. Beide Länder machen keine Anstalten ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Bewältigung der dramatischen Finanz- und Wirtschaftskrise, der Weltklimafrage und der Energieabhängigkeit ist die Stunde der Bewährung für das Projekt Europa: nur in einer gemeinsamen Anstrengung der Staaten der Europäischen Union wird es gelingen, tiefgreifende soziale Verwerfungen, explodierende Arbeitslosigkeit und die Gefahr des Rückfalls in nationalistische und extremistische Bewegungen zu verhindern. Nur als geeinte Europäische Union wird es gelingen, den Übergang in eine nachhaltige, sozial gerechte und wirtschaftlich prosperierende Zukunft zu schaffen.

### **Energiewende jetzt!**

Die Energiewende ist der Schlüssel. Energieeffizienz heißt das Zauberwort. Große Einsparpotenziale können ohne Komfortverlust genutzt werden. Erneuerbare Energien aus Sonne, Wind und Biomasse können dann Öl, Gas und Kohle ersetzen.

Durch die grundlegende Bedeutung der Energieversorgung für die gesamte Volkswirtschaft ist die Energiewende auch ein Element zur Bewältigung der Wirtschafts- und Klimakrise.

Der Bundeskongress der Grünen richtet die folgende Resolution an die österreichische Bundesregierung:

## **KLAGENFURTER APPELL**

### **Österreich braucht einen Energieplan**

Ein Energiegipfel ist der Startschuss für einen breit angelegten Prozess, an dessen Ende ein integrierter Energieplan für Österreich bis 2030 steht. Er stellt das Herzstück der Energie- und Klimaschutzpolitik Österreichs dar. Ab 2020 ist der Strombedarf, ab 2030 auch der Wärmebedarfs in Österreich vollständig mit erneuerbaren Energien gedeckt.

### **Österreich muss unabhängig werden von fossilen und atomaren Energieimporten**

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen jetzt die Weichen für einen Strukturwandel gestellt werden, der uns nachhaltig unabhängig macht von unsicheren und teuren Importierten und nicht-erneuerbaren Energieträgern. Die massiven Ausbaupläne für viele neue Gaskraftwerke und Erdgaspipelines in Österreich müssen gestoppt werden. Das bedingt gezielte Investitionen in den Energiesektor und erneuerbare Energien. Das vermindert unsere Risiken und nützt die Chancen zu neuem Wirtschaften.

### **Österreich braucht massive Investitionen in die Energieeffizienz**

Durch Effizienz- und Einsparmaßnahmen wird der Energieverbrauch deutlich abgesenkt. Der Energieverbrauch muss endgültig vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. Eckpunkte:

- Massive Investitionen in die Gebäudesanierung zur Anhebung der Sanierungsrate auf 3 Prozent und eine gesetzliche Sanierungspflicht für schlecht gedämmte mehrgeschossige Wohnhäuser inkl. Förderungen.
- Strenge technische Effizienzstandards – von Gebäuden (Niedrigenergie-, Passivhaus) über Elektrogeräten bis zu Fahrzeugen

### **Österreich muss seine erneuerbaren Energiepotenziale nutzen**

Österreichs Potenziale werden ökologisch verträglich und nachhaltig genutzt und ersetzen fossile Energie und Atomkraft. Wind, Sonne und Biomasse haben Vorrang, Wasserkraft wird effizienter genutzt und teilweise ergänzt, wo dies ökologisch und im Hinblick auf den Hochwasserschutz vertretbar ist. Eckpunkte:

- Ökostromgesetz nach Vorbild des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes: langfristige Ziele, kein Förderdeckel, garantierte aber voraussehbar sinkende Tarife führt es Ökostrom sukzessive in den Markt ein
- Heizungstauschprogramme nach Art eines Contracting-Modells

### **Österreich braucht Kostenwahrheit im Energiebereich**

Eine aufkommensneutrale ökosoziale Steuerreform verschiebt die Belastung des Faktors Arbeit auf den begrenzt verfügbaren Faktor fossile Energie bzw. Umweltverbrauch.

### **Österreich braucht ein Klimaschutzgesetz**

Ein gesetzlich verbindlich festgelegter Reduktionspfad für Treibhausgasemissionen und eine Bedarfskompetenz des Bundes für Klimaschutzmaßnahmen reduziert Österreichs Emissionen bis 2020 um mindestens 30% und bis 2050 um 80%.

### **Europa braucht eine zukunftsorientierte Energiepolitik**

Österreich spielt in der EU eine aktive Rolle beim Klimaschutz und gegen die Nutzung der Atomkraft. Die Europäische Energie- und Klimapolitik geht bei den Verhandlungen um ein Klimaschutzabkommen in Kopenhagen 2009 voran. Die EU schafft eine koordinierte Energiepolitik, setzt sich verbindliche Ziele für Energieeffizienz und entwickelt Solidaritätsmechanismen für Energieversorgungskrisen.

### **Europäische Solidarität statt nationaler Alleingänge**

Die europäische Union muss gemeinsam das Ende der Krise herbeiführen. Verhandlungen einzelner Mitgliedsstaaten mit Russland stellen das gemeinsame Vorgehen in Frage und schwächen Europas Verhandlungsposition.

### **EU-Notfallpläne und Solidarität bei Energiekrisen**

Ziel ist die schrittweise Unabhängigkeit Europas von Gasimporten zur Erzeugung von Strom und Wärme. Bis dahin braucht die EU Notfallpläne für die Gasversorgung, damit der Gasbedarf im Krisenfall reduziert werden kann und vorgesorgt ist, dass die Abdeckung der Energie-Grundbedürfnisse für alle Mitgliedsstaaten sichergestellt werden kann. Die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten muss auch bei der Energieversorgung ermöglicht und gewährleistet werden.

### **Europa ohne Atomkraft: Energieeffizienz und Umstieg auf erneuerbare Energien**

Es gibt keine sichere Atomtechnik. Europas erdrückende Abhängigkeit von Uranimporten zeigt auch, dass Atomkraft kein Weg aus der Energieabhängigkeit ist. Nur mit einer abgestimmten Aktion für erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz kann man dies erreichen. Aus diesem Grund muss die österreichische Bundesregierung die tschechische Ratspräsidentschaft auffordern, zumindest das Energieeffizienzziel von 20% bis 2020 verbindlich zu machen.

**Auch die Bundesregierung muss begreifen:**

**Wir stehen an einem Wendepunkt. Wir müssen jetzt handeln!**